

Antragsteller: Frauen Union im Kreisverband Rotenburg (Wümme)

Antrag: Brustkrebs-Früherkennung

Der Landesdelegiertentag der Frauen Union fordert die CDU/CSU-Bundestagfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass zusätzlich zu dem flächendeckenden Mammographie-Screening auch Ultraschall-Untersuchungen der Brust in die seit 2004 als Leistung der gesetzlichen Krankenkassen durchgeführten Brustkrebs-Früherkennungs-Maßnahmen mit aufgenommen werden.

Darüber hinaus sollen auch jüngere Frauen ab dem 40. Lebensjahr und auch Frauen nach dem 69. Lebensjahr in diesem Maßnahmenkatalog – Mammographie-Screening als auch Ultraschalluntersuchung der Brust – mit aufgenommen werden. Insbesondere muss zudem sichergestellt sein, dass der regelmäßige wohnortnahe Zugang zu Mammographie-Screening und Ultraschalluntersuchung im sog. „Mammobil“ (dem mobilen Mammographie-Bus) angesichts des auch hier herrschenden Fachkräftemangels uneingeschränkt möglich bleibt.

Begründung:

Seit Einführung des flächendeckenden Mammographie-Screenings in Deutschland sind die Zahlen der jährlichen Neuerkrankungen an Brustkrebs erheblich gestiegen.

Seit 2004 werden alle Frauen zwischen 50 und 69 Jahren alle 2 Jahre zum Mammographie-Screening eingeladen. Die Untersuchungen innerhalb des Mammographie-Screenings sind Teil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenkassen, die somit auch die Kosten tragen. Bei frühzeitiger Erkennung eines Brustkrebses sind Heilung und brusterhaltende Therapien möglich. Allerdings gibt es mindestens 160 verschiedene Formen von Brustkrebs, deshalb muss die beste Behandlungsweise jeweils individuell herausgearbeitet werden und kann daher sehr unterschiedlich ausfallen. Erst die Ultraschall-Untersuchungen ermöglichen, Zysten von Knoten zu unterscheiden und werden deshalb bei Tumorverdacht ergänzend zur Mammographie eingesetzt. Für Frauen, die die Belastungen durch Strahlen vermeiden oder minimieren möchten, ist die Ultraschalluntersuchung der Brust auch als wirkliche diagnostische Alternative zu betrachten.

Neben den Screening-Angeboten in den größeren stationären Zentren werden diese auch in den sog. "Mammobilen" angeboten und stellen ein insofern flächendeckendes Angebot gerade in ländlich gelegenen Regionen sicher. Das „Mammobil“ ist eine mobile Röntgenstation auf Rädern, die für jeweils mehrere Tage oder Wochen an verschiedenen Orten Station macht. Neben modernsten medizinischen Geräten arbeiten hier hochqualifizierte Fachkräfte, die die Röntgenaufnahmen direkt an die beteiligten Ärztinnen und Ärzte übermitteln.

Aktuell ist zu beobachten, dass ausgerechnet dieses Angebot infolge des auch hier spürbaren Fachkräftemangels vielerorts nicht mehr aufrechterhalten werden kann, so dass Frauen oftmals gezwungen sind, weite Wege in Kauf zu nehmen, um das für die Erkennung von Brustkrebs zweifelsfrei überaus hilfreiche Screening Angebot überhaupt wahrnehmen zu können. Es besteht die Gefahr, dass die Frauen, die bisher mit Hilfe des „Mammobils“ einen Brustscreeningtermin wahrgenommen haben, diese Möglichkeit aufgrund eines fehlenden wohnortnahen Zugangs nicht mehr haben.

Ziel einer verantwortungsbewussten Gesundheitspolitik muss die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung aller Bürger sein – unabhängig vom Alter, Einkommen, Geschlecht, Region oder gesundheitlichem Zustand. Die Patienten müssen im Mittelpunkt aller Handlungen stehen.

Die Diagnose Brustkrebs ist für jede Frau ein Schock, die sie mit der großen Angst vor Unheilbarkeit verbindet. Der Erhalt der Lebensqualität und die Stabilität der Psyche haben großen Einfluss auf den Krankheitsverlauf und Behandlungserfolg von Krebserkrankungen.

Allgemein gilt, dass mit steigendem Lebensalter auch die Gefahr an Krebs zu erkranken steigt. Angesichts dessen ist es zynisch, die Kostenübernahme für die Teilnahme an der Präventionsmaßnahme flächendeckendes Mammographie-Screening im Lebensalter nach oben zu begrenzen, Frauen zu signalisieren, dass die Solidargemeinschaft angesichts ihres höheren Lebensalters nicht bereit ist, die Kosten einer frühzeitigen Erkennung der lebensbedrohlichen Erkrankung Brustkrebs zu tragen und ihnen damit einen leichteren Therapieverlauf und höhere Überlebenschancen verwehrt.